

Pressemitteilung 20.08.2025*Osnabrück***Das Bündnis Hamelner Erklärung fordert faire Beteiligung und dauerhafte Entschädigungen für Kommunen beim Stromnetzausbau**

Die Vorsitzende des Bündnisses Hamelner Erklärung e.V., Landrätin Anna Kebschull aus Osnabrück, hat in einem Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung die zentralen Anliegen des Vereins betont. Das Bündnis verstehe sich als gemeinsame Stimme der Landkreise und Kommunen, die besonders stark vom Ausbau der Strom-Übertragungsnetze betroffen sind. Dies gelte auch für die Region Osnabrück und Weser-Ems, sieben Landkreise seien bereits aktive Mitglieder beim Bündnis. Ziel sei eine faire und transparente Planung, die die Interessen der betroffenen Regionen ernst nimmt.

„Der beschleunigte Netzausbau bringt für viele Kommunen erhebliche Einschränkungen mit sich. Deshalb setzen wir uns für einen angemessenen finanziellen Ausgleich ein“, so Kebschull. Neben einer stärkeren Beteiligung der kommunalen Ebene fordert das Bündnis die Beibehaltung des gesetzlichen Vorrangs für Erdkabel bei Gleichstromtrassen. Aktuell wird die Diskussion um den Erdkabelvorrang von der Bundespolitik wieder neu geführt und möglicherweise in Frage gestellt. Dies ist ein wichtiger Anlass für das Bündnis Hamelner Erklärung, sich weiterhin intensiv und mit allen zur Verfügung stehenden Argumenten für die Beibehaltung der unterirdisch verlegten Stromleitungen einzusetzen.

In einer im April 2024 verabschiedeten Resolution hatte das Bündnis bereits betont, dass eine erfolgreiche Energiewende nur mit Akzeptanz vor Ort gelingen könne. Voraussetzung dafür sei neben einem transparenten Planungsverfahren auch eine gerechte Lastenverteilung. Das Bündnis schlägt daher ein Modell für jährliche Ausgleichszahlungen vor, das durch einen geringen Aufschlag auf die Netzentgelte finanziert werden könnte.

Das Bündnis Hamelner Erklärung wurde 2014 gegründet und vereint inzwischen 36 Städte und Landkreise aus dem ganzen Bundesgebiet. Es versteht sich als konstruktiver Partner im Dialog mit Netzbetreibern, Bundesnetzagentur und Politik, um die gesellschaftlichen Interessen zur Beschleunigung der Energiewende mit den Belangen der Menschen in bestmöglichen Einklang zu bringen.

Kontakt für Rückfragen: Bündnis Hamelner Erklärung e.V.**Anja Thieme / Tom Gräber (Geschäftszimmer)****Telefon (0541) 50 13 061****buero@hamelner-erklaerung.de**